

Unternehmeridentität und regionale Selbstthematization: Auseinandersetzungen um die maschinelle Herstellung von Zigarren im sächsischen Döbeln

1.

Die frühe Industrialisierung Sachsens und das Vorherrschen von Klein- und Mittelbetrieben vor allem der Fertigwarenproduktion¹ begünstigten offenkundig die Entwicklung und Dauerhaftigkeit eines ausgeprägten Sinns der Unternehmer für wirtschaftliche Selbständigkeit. Der sächsische Fabrikant sah sich weniger als „Finanzmann“ denn als ein mit Unternehmen und Produkt verwachsener „echter Hersteller“², es sei nicht die anonyme Kapitalgesellschaft, so ein Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller (VSI) im Jahre 1927, sondern der „Einzelbetrieb, in dem sich die persönliche Tatkraft des Unternehmers oder Leiters auswirken könne“³. Sachsens Rückstand bei der Herausbildung von Aktiengesellschaften vor dem Ersten Weltkrieg mag, Ursache und Folge zugleich, als Indiz gelten.⁴ Noch zu Beginn der dreißiger Jahre waren von den 4000 Mitgliedern des VSI 3000 Einzel-firmen oder offene Handelsgesellschaften.⁵

Es liegt nahe, diesen mentalen Vorbehalt für die nach dem Ersten Weltkrieg zunehmende Krisenanfälligkeit der sächsischen Wirtschaft mitverantwortlich zu machen und deren Bereitschaft, sich Neuerungen zu öffnen, anzuzweifeln.⁶ Angesichts seit 1918 grundlegend veränderter ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen konnten die Anpassungsfähigkeit und sprichwörtliche Regsamkeit der Unternehmer die Nachteile kleiner Betriebsgrößen und geringer Kapitalausstattung längst nicht mehr wettmachen. Besonders die Unterbrechung internationaler Wirtschaftsbeziehungen durch Weltkrieg und Pariser Vorortverträge brachte für die arbeitsteilige, traditionell exportorientierte sächsische Industrie große Schwierigkeiten mit sich. So schnitten die Abtretung von Teilen des oberschlesischen Kohlereviers und die Gründung der SR Sachsen von billigen Energieträgern

und Rohstoffen und wichtigen Absatzgebieten ab; auf anderen Märkten geriet die sächsische Industrie wegen der ungünstigen Frachtlage und hoher Transportkosten rasch ins Hintertreffen. Daß durch die Vereinheitlichung des Tarifrechts zudem der bisherige Standortvorteil niedriger Löhne verloren ging, nährte gerade unter kleinen und mittleren Unternehmern die Überzeugung, nicht nur ein Opfer der Strukturkrise, sondern auch des Weimarer Sozialstaates zu sein. Fast folgerichtig ließ die Weltwirtschaftskrise – die in Sachsen relativ früh einsetzte und den faktischen Zusammenbruch der Exportwirtschaft und eine langanhaltende Arbeitslosigkeit bedeutete – das latente sächsische Mißtrauen gegen den „Finanz- und Verwaltungszentralismus“ des Reiches aufbrechen, dessen Wirtschafts- und Strukturpolitik die Großindustrie und Regionen mit höherer nationaler Geltung (Ruhrgebiet!) begünstigte.⁷

Seinen Forderungen nach größerer Aufmerksamkeit und insbesondere steuerlichen Ausnahmeregelungen auch für Sachsen versuchte der Verband Sächsischer Industrieller Nachdruck zu verleihen, indem sowohl der Reichsregierung gegenüber als auch im innerverbandlichen Meinungsaustausch die besondere Wirtschaftsstruktur des Landes und die Bodenständigkeit des Unternehmers herausgestellt wurden: „Man baut wirtschaftliche Großreiche nicht auf, indem man die starke Eigenkraft ihrer selbständigen Wirtschaftsgebiete und Landesteile mißachtet, sondern nur so, daß man sie in ihrer Eigenart stärkt und bei der selbständigen Arbeit an der Volkswirtschaft des Reiches unterstützt.“⁸ Ungeachtet aller Schwierigkeiten, so versicherte ein VSI-Vorstand, würden die sächsischen Industriellen dennoch „weiter ihre Pflicht erfüllen und den bewährten sächsischen Unternehmergeist wachhalten.“⁹

Was hat es auf sich mit der spezifischen Prägung der sächsischen Unternehmerschaft? Gab es ihn überhaupt: den typischen sächsischen Industriellen, geformt durch die Eigenarten des Wirtschaftsraumes, der „mehr Schornsteine als Bulgarien Obstbäume“ zählte; seiner Region, seinem Betrieb und der Belegschaft verbunden „wie der Bauer seiner Scholle“?¹⁰

Mit Hinweis auf neuere Siegener Untersuchungen hat Rüdiger Gans vor einiger Zeit die Prägekraft ökonomischer Strukturen für die Herausbildung von Regionalbewußtsein und regionaler Identität eher gering veranschlagt und beiden Phänomenen „eine gewisse symbolische Autonomie“ zugesprochen, gleichwohl eingeräumt, daß sozioökonomische Probleme und Verunsicherungen die Formierung (oder Revitalisierung) eines Regionalbewußtseins herausfordern können.¹¹ Auch

für Sachsen ist zu vermuten, daß die „regionale Selbstthematizierung“ der Unternehmer in erster Linie als kollektive Sinnstiftung diene mit dem Ziel, zum Teil grundverschiedene Interessenlagen zusammenzuführen. So lassen sich unter wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten sehr unterschiedlich geprägte Subregionen bestimmen.¹² Und angesichts der Vielgestaltigkeit der Industrie darf man sich die sächsischen Unternehmer keinesfalls als homogene Gruppe mit gleichen Einstellungen und Verhaltensweisen vorstellen. Zwar soll über einen Kernbestand gleichgelagerter Interessen, z.B. an Eigentum und Besitz, materieller Sicherheit und dem Erhalt einer auf das Privateigentum gegründeten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, nicht hinweggesehen werden. Ob allerdings die „Bürgerlichkeit als Lebensform“ einte, sei dahingestellt, hielten sich doch in einigen Gewerben wie der unten besprochenen Zigarrenherstellung lange beachtliche Reste eines vorindustriellen Bürgerlichkeitstyps.¹³ „Unter dem Druck der Not gilt es“, postulierte daher ein VSI-Funktionär, „das Bewußtsein zu stärken, daß innerhalb der Grenzen einzelner Landesteile die Wirtschaft ein gemeinsames Schicksal verbindet. Auch wenn die Bevölkerung an verschiedenen Maschinen verschiedene Rohstoffe verarbeitet, ... bleiben doch in erster Linie die Menschen derselben Landschaft und desselben großen Arbeits- und Lebensraums auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen.“¹⁴

Der folgende Beitrag versucht, den regionalspezifischen Gehalt, die Funktion und die Reichweite dieser unternehmerischen Selbstdefinition anhand eines Fallbeispiels näher zu bestimmen. Besonders Augenmerk soll dabei der Frage gelten, in welchem Maße wirtschaftliche und politische Entwicklungen und Zäsuren die soziale Identität der sächsischen Unternehmer berührten. Im Anschluß an soziologische Konzepte wird dabei unter sozialer Identität in erster Linie die Kontinuität des situations- und lebensgeschichtlichen Selbst-Erlebens in Auseinandersetzung mit den Anforderungen verschiedener gesellschaftlicher Institutionen und Handlungsfelder verstanden.¹⁵ Inwieweit sind Bedürfnisse, Interessen und Handeln der Unternehmer auf die Wahrung dieser Kontinuität, auf die Balance zwischen Selbstansprüchen und sozialen Anforderungen ausgerichtet? Über die Frage nach Selbstbild und Selbstwahrnehmung des Unternehmers hinaus gilt es dabei, seine Wahrnehmung des Fremdbildes und die Bedingungen dieser Wahrnehmung in die Untersuchung einzubeziehen.

Im Mittelpunkt stehen die Auseinandersetzungen um den ab 1930 unternommenen Versuch, die maschinelle Herstellung von Zigarren

im mittelsächsischen Döbeln, einer durch vielfältige Industrien geprägten Stadt mit ca. 23.000 Einwohnern, zu etablieren.¹⁶ Die sächsische Zigarrenindustrie bietet sich für eine solche Falluntersuchung aus verschiedenen Gründen an: Gesamtwirtschaftlich nur noch von nachrangiger Bedeutung, blieb sie lange ein besonderes Konfliktfeld sowohl branchen- als auch regionalspezifischer Interessen. Ihre Entwicklung läßt sich deutlich von der in anderen, weniger industrialisierten und urbanisierten Zentren der Zigarrenherstellung unterscheiden. Die aus der Nachbarschaft von vorindustriellem Gewerbe und modernem Fabrikbetrieb resultierenden Spannungen konnten gleichwohl lange ausgeglichen werden; zum einen deshalb, weil die strukturellen Besonderheiten Sachsens die Rückständigkeit und den Modernisierungsbedarf der Zigarrenbranche lange überdeckten, zum anderen, weil wegen der exzessiven Tabaksteuerpolitik des Reiches Ressentiments gegen die Berliner Zentrale in der Zigarrenwirtschaft von jeher auf einen fruchtbaren Boden fielen.

2.

Als im Sommer 1929 die Absicht des Dresdner Zigarettenfabrikanten Salomon Kreuter bekannt wurde, Zigarren nicht mehr in aufwendiger Handarbeit, sondern auf modernen amerikanischen Maschinen herzustellen und zu diesem Zwecke einen Großbetrieb mit etwa 3000 Beschäftigten zu errichten, bewarben sich zahlreiche Kommunen um die Ansiedlung des vermeintlich zukunftssträchtigen Unternehmens. Kreuters Wahl fiel schließlich auf das mittelsächsische Döbeln, das auf eine lange Tradition der Zigarrenherstellung zurückblicken konnte und als Verkehrsknotenpunkt zwischen den drei sächsischen Großstädten Leipzig, Chemnitz und Dresden günstigen Zugang zu den Rohstoff- und Absatzmärkten versprach. Den Zuschlag verdankte die Stadt nicht zuletzt dem Engagement ihrer beiden sozialdemokratischen Bürgermeister, die, in der Hoffnung auf eine Belebung des Arbeitsmarktes und die Entlastung des Wohlfahrtsetats, den Zigarrenwerken Unterstützung bei der Anmietung von Fabrikräumen und Entgegenkommen bei der Steuer- und Abgabenbelastung zugesichert hatten. Döbeln verzichtete gegenüber Kreuter auf den vollen Anteil der Stadt an der Reichseinkommensteuer und an der Körperschaftsteuer, den vollen Anteil an der Umsatzsteuer im ersten und im zweiten und 50 Prozent im dritten Betriebsjahr sowie auf den vollen Zuschlag zur staat-

lichen Gewerbesteuer. Einzig die kommunale Grundsteuer wurde in voller Höhe erhoben. Der seit Erzbergers Finanzreform 1920 ohnehin eingeengte Spielraum der Stadtverwaltung in Steuerfragen war damit im wesentlichen ausgeschöpft, alle anderen Lasten für die neuen „Kreuter-Zigarren-Werke“ - Reichssteuern, Berufsgenossenschaftsbeiträge, Sozialversicherungen - wurden nicht durch die Gemeinde bestimmt.¹⁷ Im Frühjahr 1930 begann das Unternehmen mit der Produktion von Markenzigarren zu 10 und 15 Pfennigen. Die zunächst fünfzig Teilautomaten vereinten das Pressen der Wickel und das Umrollen in einem Arbeitsgang, Aufbereitung und Sortierung erfolgten nach wie vor von Hand. Jede Maschine stieß bei achtstündiger Laufzeit täglich 2000 Zigarren aus; da in zwei, später in drei Schichten gearbeitet wurde, stellten die „Kreuter-Werke“ in ihren besten Zeiten wöchentlich über 1,5 Millionen Zigarren her. Eine für die Verhältnisse der Branche gewaltige Menge: Die durchschnittliche Wochenproduktion aller sächsischen Zigarrenhersteller hatte im Rechnungsjahr 1929/30 runde 5,3 Millionen Stück betragen.¹⁸ Jeweils vier Arbeitskräfte bedienten eine Maschine, so daß bei Betriebsaufnahme auf einen Schlag vierhundert Personen Anstellung fanden. Für die Zukunft versprach das Unternehmen die Anschaffung weiterer Maschinen und die allmähliche Steigerung der Beschäftigtenzahl auf mindestens 3000, nach einigen Jahren sogar 6000 Arbeitskräfte. Der Markteintritt der „Kreuter-Werke“, so glaubte man folgerichtig in der Stadtverwaltung, bedeute „eine gewisse Umwälzung der Zigarrenherstellung und des Zigarrenhandels überhaupt in Deutschland“ – und Döbeln werde an diesem Fortschritt teilhaben. Im Sommer 1933 sollen bereits 190 Firmen mit Maschinen gearbeitet haben, wobei Anzahl und Art aber im unklaren bleiben.¹⁹

Der Versuch der „Kreuter-Werke“, Produktions- und Absatzmethoden der sehr viel erfolgreichereren Zigaretten- auf die Zigarrenindustrie zu übertragen, war die logische Konsequenz aus einer tiefgreifenden Krise, in die die Branche spätestens mit Beginn des Ersten Weltkrieges geraten war und von der sie sich auch in den wirtschaftlich besten Jahren der Weimarer Republik nicht hatte erholen können. Die enorme steuerliche Belastung der Tabakwirtschaft, ein allgemeiner Rückgang des Konsums und der Wechsel der Raucher zu billigen Preislagen trafen die Zigarrenfabrikanten ungleich härter als die hochmechanisierte Zigarettenindustrie und bereiteten zum Ende der zwanziger Jahre schließlich den Boden für die Einführung der Maschinenarbeit. Ungeachtet des auf der Branche lastenden Rationalisierungsdrucks wurde die neue Herstellungsweise in der Wirtschaft,

bei den zuständigen Behörden und in der Öffentlichkeit skeptisch beurteilt oder rundweg abgelehnt. Wenn auch nicht „die gesamte Tabakfabrikation Deutschlands Sturm“ gegen das Projekt lief (so die Einschätzung eines im Reichsfinanzministerium zuständigen Beamten)²⁰, blieben diejenigen, die dem Unternehmen Erfolg wünschten, in der Minderzahl. Viele Vorbehalte rührten aus der Überzeugung, die Einführung von Maschinen würde langfristig tausende Arbeitskräfte aus der Zigarrenindustrie verdrängen und große soziale Probleme nach sich ziehen; eine Befürchtung, die im übrigen auch von den Befürwortern der neuen Technologie weitgehend geteilt wurde.

Der erbitterteste und ausdauerndste Widerstand kam naturgemäß von den Zigarrenfabrikanten, die vom Übergang zur maschinellen Herstellung den Beginn eines gnadenlosen Verdrängungswettbewerbes erwarteten, den nur wenige kapitalkräftige Unternehmen überleben können. Das Beispiel der Zigarettenindustrie, die von den beiden untereinander verbundenen Konzernen Reemtsma und Haus Neuerung nahezu völlig beherrscht wurde, vor Augen, fürchteten sie die Kartellierung ihrer Branche und die Auslieferung an fremdes Kapital. Nicht zu Unrecht wurden die steuerlichen Belastungen der Tabakwirtschaft in Beziehung zu den Reparationsforderungen der Siegermächte des Weltkrieges gesetzt, was die Aversionen gegen ausländische Investoren verstärkte. Die Zigarrenhändler fürchteten vor allem den geplanten Übergang zum Markenprinzip. Die Einführung einer preiswerten Zigarre, die nicht mehr nur im Fachhandel, sondern in jedem geeigneten Geschäft in gleichbleibender Qualität und zum Festpreis erhältlich sein sollte, bedeutete einen erheblichen Rückgang bei Umsatz und Gewinn und bedrohte viele Kleinhändler in ihrer Existenz, zumindest aber in der sorgsam gepflegten „Kaufmannseigenschaft“.²¹

Angesichts der steuerlichen Vergünstigungen für die neuen Zigarrenwerke nimmt es nicht wunder, daß auch die Vertreter anderer in Döbeln ansässiger Industriezweige der Neugründung frühzeitig mit Argwohn und Feindseligkeit begegneten. Mit tatkräftiger Unterstützung durch die Ortsgruppe des VSI gelang es daher den alteingesessenen Zigarrenproduzenten, weite Teile der Unternehmerschaft, der öffentlichen Meinung und der Politik und nicht zuletzt viele Verbraucher gegen den Konkurrenten einzunehmen. Als Bezugspunkte dienten die lange Tradition des Zigarrenmachens in Mittelsachsen und die Benachteiligung bodenständiger Unternehmen gegenüber Großbetrieben und Großkapital. Der konzertierte Widerstand trug neben anderen

Faktoren²² dazu bei, daß die „Kreter-Werke“ bald nach Produktionsbeginn in Absatz- und Zahlungsschwierigkeiten gerieten und bereits im Sommer 1932 Konkurs anmelden mußten.

Freilich bedarf das Zusammengehen von Zigarrenindustrie und anderen Branchen der Erklärung, galt doch die sächsische Industrie von jeher als ausgesprochen „maschinenfreundlich“. Die Döbelner Wirtschaft wurde spätestens seit Inbetriebnahme der (südlichen) Eisenbahnstrecke Dresden-Leipzig 1868 von einer relativ modern ausgestatteten Metallwarenindustrie dominiert, die in über siebzig Betrieben etwa ein Fünftel der Erwerbstätigen beschäftigte. Die Frontstellung gegen die neuen Zigarrenwerke konterkarierte darüber hinaus in auffälliger Weise die zum Jahresbeginn 1931 mit großem Aufwand gestartete Kampagne des VSI „Sachsen braucht Arbeit“²³, die ständigen Klagen über die sinkende Exportfähigkeit der sächsischen Wirtschaft und über die sinkende Kaufkraft der Bevölkerung. Gab es tatsächlich die oft beschworene „Schicksalsverbundenheit der sächsischen Industrie“, die die „gemeinsame regionale Basis“ stärker gewichtete als „rein fachliche Interessen“?²⁴

Legt man obengenannte Merkmale – Dominanz kleinerer und mittlerer Betriebe, Einzelleitung, Selbständigkeitssinn und Herstellerstolz – zugrunde, kann die Zigarrenproduktion als typisches Element der sächsischen Wirtschaft angesehen werden,²⁵ eine Branche, die bis weit in das 20. Jh. hinein einer handwerklichen Verfassung nicht entraten wollte und die auf der Suche nach billigen Arbeitskräften vor den modernen Industrien in eine kleinstädtische und dörfliche Umgebung geradezu geflohen war. Anders als in Baden, Westfalen oder Hessen fanden sich die sächsischen Zigarrenunternehmer allerdings rasch in der Nachbarschaft anderer Industriezweige wieder, in denen sich Stellungssuchenden oft angenehmere Arbeitsbedingungen und kürzere Anlernzeiten boten. Ein bis 1918 insgesamt niedriges Lohnniveau und der für Sachsen charakteristische „fließende Übergang zwischen Stadt und Land, Industrie und Handwerk, städtischem Gewerbe und Landwirtschaft“²⁶ ermöglichten gleichwohl ein weitgehend konfliktfreies Nebeneinander: Zum einen unterschied sich die Zigarrenbranche in der Verteilung der Betriebsgrößen kaum von den meisten anderen sächsischen Industriezweigen, zum anderen fragte die landwirtschaftliche Bevölkerung lange in ausreichendem Maße Nebenerwerbsmöglichkeiten nach. Mochte auf dem „flachen Land“ die selbstbewußte Bezeichnung „Zigarrenindustrie“ einer konkurrenzlosen Stellung als

Arbeitgeber geschuldet sein, wurde sie in Sachsen eher zur Behauptung der Zugehörigkeit und der Interessenübereinstimmung.

Tatsächlich vermittelte das Zigarrengewerbe das Bild des selbständigen, tüchtigen und flexiblen sächsischen Unternehmers in idealtypischer Reinheit. Solange die Einführung von Maschinen nicht auf der Tagesordnung stand, sahen sich die das Erscheinungsbild der Branche bestimmenden Klein- und Mittelbetriebe gegenüber Großbetrieben kaum im Nachteil: Die fixen Kosten blieben gering, und da sich zur Zigarrenherstellung nahezu jeder Raum eignete, waren sowohl die Gründung eines Betriebes als auch eine konjunkturbedingte Auflösung ohne größere Verluste möglich. Während die Frage der Kapitalkraft also eher im Hintergrund stand, galten eine gute Hand bei der Auswahl des Rohstoffs, das Gespür für sich abzeichnende Wechsel der Geschmacksrichtung und die ständige Kontrolle der Produktion auf Sauberkeit, Sparsamkeit und Qualitätsarbeit als unverzichtbar. Die Überzeugung, daß es nur wenige Industrien gäbe, „in denen Gedeih und Verderb einer Unternehmung so sehr von der persönlichen Leistungsfähigkeit des Leiters abhängt wie in der Zigarrenindustrie“²⁷, war daher ebenso weitverbreitet wie langlebig. Mit der maschinellen Herstellung, so wurde auch gegen die „Kreuter-Werke“ argumentiert, gehe die Verbindung zwischen Hersteller und Produkt verloren, die Zigarre verlöre ihren „individuellen Charakter“ und Unternehmer und Arbeiter hätten für ihre Leistung „kein Zeugnis mehr“.²⁸ Zudem sei die Handarbeit wegen der Beschaffenheit und unterschiedlichen Größe des teuren Rohtabaks unentbehrlich. Der Verweis auf die Flexibilität kleinerer Betriebe war mehr als nur die Lebenslüge zu kurz gekommener und finanzschwacher Fabrikanten. Auch größere Unternehmen zogen die Verteilung auf mehrere kleine Produktionsstätten der Konzentration im Großbetrieb vor, da so der anspruchsvolle Markt besser mit möglichst vielen Sorten beliefert werden konnte. An den kleinstädtischen und ländlichen Standorten, die von der Zigarrenindustrie wegen des Lohnkostenvorteils bevorzugt wurden, standen ohnehin nur selten genügend Arbeitskräfte für eine großangelegte Fabrikproduktion zur Verfügung.²⁹

Die Döbelner Auseinandersetzungen um die „Kreuter-Werke“ offenbarten indes grundsätzliche und schwerwiegende Unterschiede zwischen Zigarrengewerbe und einer vom Export abhängigen Fertigwarenindustrie. So war es für viele Zigarrenfabrikanten unvorstellbar, ihr Produkt dem Massenkonsum preiszugeben; dafür gab es ja nun die Zigarette, die – „ein Kind unserer schnelllebigen Zeit“ – ihren Sieges-

zug nach landläufiger Ansicht nicht zuletzt dem Weltkrieg, der hektischen Betriebsamkeit der Moderne und der Auflösung traditioneller Wert- und Moralvorstellungen verdankte. Unvermeidliches Zubehör von Honoratiorenzirkeln, aber nichts für Arbeiter, Frauen oder Heranwachsende, blieb (oder aber: wurde) die Zigarre ein Symbol bürgerlicher Selbstgewißheit; sie erinnerte ein wenig an die gute alte Zeit, und als die teuerste Art des Rauchens schied sie den gut Situierten vom weniger gut Situierten: Ein zeitgenössisches Ratgeberbüchlein für den Zigarrenhändler beschreibt den idealen Kunden als wohlhabend, distinguiert und kennerhaft. Maschinell gefertigte und preiswerte Ware stand darüber hinaus in dem Ruch, von minderer Qualität zu sein. Nachdem im 19. Jh. die ersten Hilfswerkzeuge aufgekommen waren, wurden manchenorts die mit der Wickelform hergestellten Zigarren von Hand nachgearbeitet, um ihnen ein unebenes Aussehen zu verleihen und so den Verdacht der Massenfertigung von ihnen zu nehmen.³⁰

Besonders deutlich wurden das überholte Wirtschafts- und Selbstverständnis der sächsischen Zigarrenfabrikanten in der Frage der Produktwerbung. Um die neuartige Maschinenzigarre einzuführen, bedienten sich die Döbelner „Kreuter-Werke“ moderner, zum Teil bis heute gebräuchlicher Mittel: flächendeckende und großformatige Plakatierung, auf Fernwirkung bedachte Verkehrswerbung, knapp gehaltene und eingängige Slogans, viertel- bis ganzseitige Zeitungsanzeigen, das Ganze verbunden mit einem bewährten Hauch von Exotik.³¹ Höhepunkt des aufwendigen Reklamefeldzugs sollte die Landung eines Zeppelin-Luftschiffes, einer „fliegenden Zigarre“, in Döbeln werden. Zwar verhinderten stürmische Winde, im meteorologischen wie im übertragenen Sinne, das Spektakel, die „Kreuter-Werke“ freilich blieben im Gespräch. Die Kampagne fand zahlreiche Bewunderer und eine wohlwollende Anerkennung vor allem in der großstädtischen Presse, in der Zigarrenwirtschaft stieß sie dagegen auf Skepsis, kleinliche Kritik und entschiedene Ablehnung. Hier galt offenbar noch das Postulat Werner von Siemens' aus dem Jahre 1876, demzufolge die Werbung durch Leistung der durch Worte vorzuziehen sei.³² Vereinzelt hatte zwar ein modernerer Stil Eingang in die Zigarrengeschäfte größerer Städte gefunden, im allgemeinen aber blieben Empfehlungen zum Zigarrenkauf antiquiert und begnügten sich mit Angaben zu den klassischen Produkteigenschaften Qualität und Preis. Solange der Absatz Sache der Zigarrenhändler und auf einen exklusiven Kreis von Kunden beschränkt bleiben sollte, bedurfte es der Reklame als Ersatz für die individuelle Kommunikation nicht: Der bevorzugte Kunde

wurde aufmerksam und standesgemäß bedient, aber nicht belästigt. Es ist nicht abwegig anzunehmen, daß die breite Streuung des Wirtschafts- und Besitzbürgertums im dicht industrialisierten und urbanisierten Sachsen die Zigarrenfabrikanten jahrzehntelang der Sorge um Kundschaft aus den „besseren Kreisen“ enthob und so den Blick auf die anonymen überregionalen Märkte und eine Ausrichtung am Zeitgeist überflüssig machte.

3.

Die öffentliche Aufmerksamkeit für die „Kreuter-Werke“ verdichtete sich ab Herbst 1930 zu einer streckenweise mit großer Heftigkeit geführten Debatte und erreichte kurzzeitig sogar den sächsischen Landtag. Hauptstreitpunkte waren die Folgen der Neuansiedlung für die alteingesessenen Zigarrenproduzenten und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, wobei es den Gegnern Kreuters beispielhaft gelang, an soziale Gefühle und heimatliches Sonderbewußtsein zu appellieren.³³ Immer wieder wurde der neuen Zigarrenfabrik vorgeworfen, mittels „amerikanischer Methoden“ ein traditionsreiches mittelsächsisches Gewerbe zu zerstören, die zahlreichen Heimarbeiter der Gegend um ihre Existenzgrundlage zu bringen und der Unternehmenskonzentration den Weg zu ebnen. Daß Kreuter des Lohnkostenvorteils wegen oft orts- und landesfremde Arbeitskräfte einheimischen Erwerbslosen vorzog, leitete zusätzliches Wasser auf die Mühlen der Kritiker.

Bei näherem Hinsehen wird allerdings deutlich, daß die meisten Angriffe weniger den neuen Zigarrenwerken als vielmehr ihren Förderern im Rathaus galten. In einem Brief an den Stadtrat vom November 1930 beanstandete die Ortsgruppe des VSI zwar den durch die „Kreuter-Werke“ auf der Döbelner Zigarrenwirtschaft liegenden Konkurrenzdruck, vor allem aber die selbständige Industriepolitik der Stadtverwaltung³⁴: Zwar solle die „Anerkennung für die durchaus dankenswerten Bemühungen der Stadtverwaltung um Heranziehung neuer Industrien nicht geschmälert werden“, die Erhaltung der alteingesessenen Betriebe und Branchen sei aber „mindestens so wichtig wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze (...) Keinesfalls würde es gutgeheißen werden können, wenn sich etwa die Stadtverwaltung im Interesse der Firma Kreuter ... bei anderen öffentlichen Körperschaften für irgendwelche Subventionierung oder besondere Förderung anderer Art einsetzen würde (...) Es kann und darf nicht Aufgabe der öffentlichen

Körperschaften sein, auf diese Weise in den Wettbewerb einzugreifen.“ Der Ortsgruppenvorsitzende – bisher größter Arbeitgeber am Ort, ehrenamtlicher Stadtrat und Beisitzer im Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie – beendete den Brief mit der ausdrücklichen Mahnung, in Zukunft keine neuen Betriebe heranzuziehen, und sprach den Bürgermeistern wirtschaftliche Kompetenz ab. „Wir dürfen erwarten“, daß die Stadtverwaltung bei geplanten Neuansiedlungen, Steuer- oder anderen Vergünstigungen „jeweils rechtzeitig zuvor eine gutachtliche Äußerung unserer Ortsgruppe herbeiführen wird“.

Begünstigt durch das Klassenwahlrecht, hatten bis 1918 gerade mittlere und kleinere Unternehmer eine herausragende Rolle in den sächsischen Kommunen spielen und die Wirtschafts-, Bau- und Bodenpolitik nach eigenem Gusto gestalten können. Dieses kommunalpolitische Engagement entsprang nicht ausschließlich einem reinen Macht- und Gewinnkalkül, sondern war vielmehr der Versuch, ökonomische Interessen, den tradierten Sozialpaternalismus der Gründergeneration und einen in wirtschaftlicher Unabhängigkeit begründeten „Anspruch auf soziale Schätzung und privilegierte Lebenslage“³⁵ miteinander in Einklang zu bringen. Mit anderen Worten: Solange das Wohl der Gemeinde mit dem Wohl der Privatwirtschaft verkoppelt blieb, war die gesellschaftliche Legitimation des Unternehmers nicht in Zweifel zu ziehen. Erfolge in der Kommunalpolitik kompensierten wirtschaftliche Schwierigkeiten und soziale Verunsicherungen und hielten Selbst- und Fremdbild des Unternehmers in der Balance.

Die Kriegsfolgen und die Novemberrevolution veränderten nicht nur die wirtschaftliche Situation, sondern auch den kommunalpolitischen Spielraum des sächsischen Bürgertums grundlegend. Zum einen wurden die Gemeinden durch die Finanzreform von 1920, die am Unitarismus der Reichsverfassung ausgerichtet war und den Reparationslasten Rechnung zu tragen versuchte, in ihrer Steuerhoheit und damit in ihrer finanziellen Beweglichkeit stark eingeschränkt; mit dem Recht, Zuschläge zur Einkommenssteuer zu erheben, verloren sie ihre bisher ergiebigste Finanzquelle. In Sachsen, wo die Kommunen bis dahin ein „Höchstmaß an ... Autonomie bei der Einkommensbesteuerung“ genossen und in völliger Selbständigkeit eigene Gemeindeeinkommenssteuern erhoben hatten³⁶, mußte sich diese Neuregelung besonders nachteilig auswirken. Zum anderen zogen die bisher von der Machtteilhabe ferngehaltenen Parteien der Arbeiterbewegung auch in die kommunalen Parlamente ein und nahmen dort oft glaubwü-

ger für sich in Anspruch, das Wohl der Allgemeinheit im Blick zu haben. In der „Sächsischen Industrie“ beklagte ein Niedersiedlitzer Unternehmer: „Der Arbeiter glaubt nicht mehr, daß es auch noch Arbeitgeber geben kann, die nicht aus Eigennutz, wohl aber aus Interesse am Allgemeinwohl und aus Wertschätzung für die Belegschaft sich sorgen und mühen.“ Dem Unternehmer werde „bitter, bitter Unrecht“ getan, „wenn man glaubt, daß er nur ... des Mammons wegen sich betätige.“³⁷

Dort, wo linke Mehrheiten die Gemeindepolitik zu gestalten begannen, ging im Bürgertum die Angst vor „russischen Experimenten“ und der „kalten Sozialisierung“ um. Daß viele sozialdemokratische Kommunalpolitiker in dem Bestreben, „jedes aufwachsenden Menschen Lebenszeit besser zu gestalten als die des Proletariats der Vergangenheit“³⁸, der sozialen Sicherung der Gemeindemitglieder einen höheren Stellenwert einräumten als privater Initiative und Verantwortung, war Quelle ständiger bürgerlicher Verunsicherung und Empörung: Statt sich der vermeintlich vordringlichen Aufgabe der Kommunalpolitik, der „Förderung des gewerblichen und industriellen Lebens“³⁹, anzunehmen, gäben die Bürgermeister, Ratsherren und Stadtverordneten der Linksparteien das Geld mit vollen Händen für Wohlfahrtszwecke und die Ausweitung des öffentlichen Sektors aus. Am Ende, so argwöhnten die Politiker in der Mitte und auf der Rechten, werde die „Sozialisierung auch der Persönlichkeit“ stehen.⁴⁰ In Döbeln hatte das Verhältnis von Unternehmern und sozialdemokratisch dominiertem Rathaus Mitte der zwanziger Jahre offenbar einen Tiefpunkt erreicht. Der 1925 durch die Stadtverwaltung unternommene Versuch, eine Gemeindesteuer für den Verbrauch von Elektrizität und Gas zu erheben, stieß auf den erbitterten Widerstand der bürgerlichen Seite. Zwar lehnten der Kreisausschuß und, nach einem Einspruch der Stadt, auch die Dresdner Gemeindekammer den Steuerplan ab; in der Döbelner Unternehmerschaft gelangte man jedoch zu der Überzeugung, daß die Politik der städtischen Behörde „keinen Standortfaktor“ darstelle.⁴¹

Die Stellung des Wirtschaftsbürgertums blieb gleichwohl auch unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts stark genug, solange die Unternehmer als Arbeitgeber und Steuerzahler eine unverzichtbare Bedeutung für die Gemeinden hatten. Dazu kam ein dichtes Netzwerk von persönlichen Bekanntschaften, Geschäftsbeziehungen, Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden. Seine Fähigkeit, sich veränderten politischen Bedingungen anzupassen, hatte das Bürgertum

nach der Revolution mit der Bildung von Bürgerräten und -bünden unter Beweis gestellt. Nach deren Bedeutungsverlust wurde die Sammlungspolitik vielfach mit bürgerlichen Einheitslisten oder Listenverbindungen zu den Kommunalwahlen und der Bildung von gemeinsamen Fraktionen in den Gemeindeparlamenten fortgesetzt, wobei sich das sächsische Bürgertum offenbar als besonders rühmig erwies.⁴²

So bestimmte auch in Döbeln die „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“, ein Zweckbündnis aller nicht-sozialistischen Stadtverordneten, die kommunalen Geschicke weiterhin entscheidend mit; begünstigt durch den Umstand, daß sich SPD und KPD nur selten auf eine gemeinsame Politik einigen konnten und eine „Linksmehrheit“ bloße Fiktion blieb. Zudem versahen im Rathaus zahlreiche altgediente Kommunalbeamte ihren Posten. Erst die Weltwirtschaftskrise erschütterte dieses Machtfundament nachhaltig. Viele Unternehmen, die einst den guten Ruf Döbelns als Industriestandort begründet und deren Inhaber in der Gemeindepolitik über Jahrzehnte mit patriarchalischer Attitüde für die Stadt und ihre Bewohner gesorgt hatten, wurden nun selbst von kommunaler Unterstützung abhängig. Ein moderner, innovativer Großbetrieb mit einer vieltausendköpfigen Belegschaft, der die „Kreuter-Werke“ anfänglich zu werden versprochen, hätte die alten Wirtschaftseliten dauerhaft auf die Plätze verweisen können. Das bis dahin größte Unternehmen am Ort, die Metallwarenfabrik des VSI-Vorstands Tümmler, beschäftigte in seinen besten Jahren etwa 1300 Arbeitnehmer. Zudem mußten die bürgerlichen Kommunalpolitiker befürchten, daß ein Erfolg der Zigarrenwerke vor allem den sozialdemokratischen Bürgermeistern gutgeschrieben worden wäre; darin im übrigen einig mit der KPD, die sich um Einfluß v.a. unter den Erwerbslosen bemühte. Tatsächlich nahmen die Bürgermeister die „Kreuter“-Ansiedlung zur Gelegenheit, ihre Position zu befestigen, und zeigten zunehmend weniger Bereitschaft, auf die Befürchtungen und Sorgen der alteingesessenen Unternehmer hinsichtlich der neuen Zigarrenfabrik einzugehen: So wurde bei den Verhandlungen mit Kreuter über die geplanten Steuererleichterungen bis hin zur Sprachregelung abgestimmt, wie den Wünschen anderer Firmen nach ähnlichen Vergünstigungen zu begegnen sei. Im Dezember 1931 gelang es beiden Bürgermeistern, im Stadtparlament ihre vorzeitige Wiederwahl für weitere sechs Amtsjahre durchzusetzen, obwohl sich nicht nur die „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“, sondern auch die Kommunisten dagegen ausgesprochen hatten. Die entscheidende Stimme kam dabei von einem bis dahin dem bürgerlichen Lager zugerechneten Stadtver-

ordneten des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der bei den „Kreuter-Werken“ Anstellung als Versandleiter gefunden hatte.⁴³

Der für die meisten in der Stadt vertretenen Industriezweige längst hinfällige Streit, ob Maschinenarbeit mehr Arbeitsplätze vernichte oder schaffe, gab dem Döbelner Wirtschaftsbürgertum willkommene Gelegenheit, das Bild des uneigennütigen, sozial verantwortungsbewußten und auf das Gemeinwohl bedachten Unternehmers aufzufrischen und gegen die Ansprüche der Linksparteien, die als Störfaktor in der Kommunalpolitik empfunden wurden, zu behaupten. Zur Pflege dieses Bildes gehört auch der auf den ersten Blick sonderbare Umstand, daß die bürgerliche Seite im Stadtverordnetenkollegium die Ansiedlung der „Kreuter-Werke“ begrüßte und nicht gegen die Steuervergünstigungen stimmte. Hinweise auf eine grundsätzliche Ablehnung von Neuansiedlungen und Modernisierungsbestrebungen finden sich – sieht man einmal von den direkten Konkurrenten der neuen Zigarrenfabrik ab – kaum. Welche Beweggründe für das Verhalten der Döbelner Unternehmerschaft bestimmend waren, zeigt der völlig veränderte Umgang mit dem Nachfolgeunternehmen der „Kreuter-Werke“. Anfänglich zurückhaltend, nahmen sich die bürgerlichen Kommunalpolitiker der ab Herbst 1932 produzierenden „Deutschen Zigarren-Werke“ bald mit bemerkenswertem Engagement an. Grundlegende Voraussetzung dafür war die Rückkehr in die kommunalen Spitzenpositionen nach dem 30. Januar 1933: Nachdem der Erste Bürgermeister im März „beurlaubt“ und sein Stellvertreter auf den Posten eines unbesoldeten Stadtrats abgeschoben worden war, übernahm der bisherige Sprecher der „Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ sowohl den Vorsitz im Stadtverordnetenkollegium als auch kommissarisch das Amt des Bürgermeisters. Die Nationalsozialisten, in der Döbelner Kommunalpolitik bis dahin nicht mehr als Nebendarsteller, mußten sich zunächst mit dem gönnerhaft zur Verfügung gestellten Ehrenamt eines (dritten) stellvertretenden Bürgermeisters bescheiden. Aus dem am 12. März neugewählten Gemeindeparlament wurden SPD und KPD, die bei den letzten freien Kommunalwahlen am 6. November 1932 noch einmal die „Linksmehrheit“ verteidigt hatten, zügig verdrängt.

Als hätte es die Auseinandersetzungen um die „Kreuter-Werke“ nie gegeben, befürworteten die bürgerlichen Gemeindepolitiker in der Folgezeit vehement die maschinelle Herstellung von Zigarren und führten dabei Argumente ins Feld, denen sie sich ein Jahr zuvor noch verschlossen hatten: Maschineneinsatz und Großbetrieb böten zahlreiche Arbeitsplätze, die Heimarbeit könnte überflüssig gemacht werden und

der Raucher für „billiges Geld eine Qualitätszigarre“ erhalten.⁴⁴ In ihrem Bemühen, neues Profil als verantwortungsvolle Stadtväter zu gewinnen, stellten sie sich selbst gegen das „Gesetz über die Einschränkung der Verwendung von Maschinen in der Zigarrenindustrie“ vom 15. Juli 1933⁴⁵, mit dem die neue Reichsregierung vor allem ihre Klientel in Kleingewerbe und -handel zu besänftigen versuchte. In mehreren Briefen und Gesprächsrunden gelang es, Sonderregelungen für die „Deutschen Zigarren-Werke“ zu erreichen und etwa 600 Arbeitsplätze zu sichern. Mit dieser Parteinahme zerbrach freilich der Konsens zwischen Döbelner Zigarrenherstellern und den Unternehmern anderer Branchen, bei denen sich zunehmend die Meinung durchsetzte: „Es kann uns doch gleichgültig sein, *wie* die Zigarren gemacht werden.“⁴⁶

4.

Um den vorliegenden Fall kurz zusammenzufassen: Mit regional begründeten Gemeinsamkeiten wurde bevorzugt dann argumentiert, wenn es galt, eine möglichst breite öffentliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Sonderinteressen zu richten. Dies trifft sowohl für die Zigarrenindustrie als auch für die anderen in Döbeln vertretenen Branchen zu, darf aber nicht zu dem Fehlschluß führen, es hätten vollkommen deckungsgleiche Interessen vorgelegen. Ohne eine teilweise „Verinnerlichung“ ausschließen zu wollen: Die Vorstellung einer spezifisch geprägten sächsischen Unternehmerschaft besaß nurmehr Symbolcharakter und konnte jederzeit zugunsten anderer Identifikationsangebote aufgegeben werden. Wie bruchlos sich die regional gefärbte Selbstdarstellung der nach 1933 zunehmenden Betonung des Nationalen adaptieren ließ, zeigen etliche Döbelner Unterstützungsbriefe für die „Deutschen Zigarren-Werke“.

Endlich wieder mit freier Hand in den Fragen der städtischen Industriepolitik, konnten die tonangebenden Unternehmer die Zigarrenwerke uneingeschränkt als Vehikel für den lokalen und regionalen Anschluß an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Anspruch nehmen. Zumindest als Frage aufgeworfen werden soll in diesem Zusammenhang, inwieweit das Maschinenverwendungsverbot vom Juli 1933 als Anschlag auf die gerade wiedergewonnen geglaubte kommunal- und wirtschaftspolitische Kompetenz begriffen wurde. Die rasche Abkehr der Nationalsozialisten von früherer Maschinenfeindlichkeit und

die Unterordnung der Interessen des Kleingewerbes unter (kriegs-) wirtschaftliche Erfordernisse⁴⁷ ersparten der Döbelner Kommunalpolitik freilich größere Auseinandersetzungen in dieser Sache.

Mit der vermeintlichen Wiederkehr bürgerlicher Normalität für die meisten Döbelner Unternehmer traten die zeitweilig angenäherten Interessen des Zigarrengewerbes und der anderen Branchen wieder auseinander, brachte das Fehlen eines gemeinsamen Gegners die grundsätzlichen Unterschiede zwischen handwerklich orientiertem Gewerbe und zukunftsfrächtigen Wirtschaftszweigen wieder an den Tag. Zwar blieb die Rückkehr des Bürgertums an die Schalthebel der Kommunalpolitik nur vorübergehend. Angesichts zunehmend besserer Konjunkturaussichten vor allem nach der Einbeziehung Sachsens in die Rüstungswirtschaft, der Einnahme wirtschaftspolitisch relevanter Partei- und Verbandsfunktionen durch Döbelner Unternehmer und des tendenziellen Bedeutungsverlustes der lokalen Entscheidungsebene dürfte dies allerdings weitaus weniger dramatisch bewertet worden sein als der Einschnitt des Jahres 1918.

- 1 Siehe dazu v.a. W. Bramke, *Die Industrieregion Sachsen. Ihre Herausbildung und Entwicklung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*, in: *Industrieregionen im Umbruch. Historische Voraussetzungen und Verlaufsmuster des regionalen Strukturwandels im europäischen Vergleich*, hrsg. von R. Schulze, Essen 1993, S. 291-317.
- 2 H. Uhlmann, *Die Entwicklung von Unternehmung und Betrieb der deutschen Zigarrenindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Tabakbesteuerung*, Halle (Saale) 1934, S. 18; vgl. G. Stockmann, *Die Stadt Döbeln als Standort der Industrie. Ein Beitrag zu den Untersuchungen über das Standortproblem der Industrien*, Leipzig/Borna 1927, S. 196f.
- 3 *Sächsische Industrie*, 23 (1927) 8, S. 5.
- 4 Vgl. E. Benndorf, *Weltwirtschaftliche Beziehungen der sächsischen Industrie*, Jena 1917, S. 81.
- 5 *Sächsische Industrie*, 26 (1930) 14, S. 327.
- 6 Vgl. Bramke, *Die Industrieregion Sachsen* (Anm. 1), S. 310; ders./G. Dittrich/U. Heß/J. Reinhold, *Sachsens Wirtschaft im Wechsel politischer Systeme im 20. Jahrhundert. Strukturelle Entwicklung und soziale Problemfelder vom Ausgang des Ersten Weltkrieges bis in die frühen sechziger Jahre*, Leipzig 1992, S. 8f.
- 7 Vgl. ebenda, S. 7ff.; W. Bramke, *Sachsen und Leipzig 1918 bis 1934. Die Wechselwirkung zwischen Land und Großstadt*, in: *Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 19. Jahrhundert*, hrsg. von W. Bramke und U. Heß, Weimar/Köln/Wien 1995, S. 397-415, hier 411ff.
- 8 So der VSI-Syndikus Schubert im *Dresdner Anzeiger* vom 3.4.1930.
- 9 Jubiläumsveranstaltung der Bezirksgruppe Mittelsachsen, in: *Sächsische Industrie* 26 (1930) 26, S. 624.

Unternehmeridentität und regionale Selbstthematizierung

- 10 Gedanken eines sächsischen Industriellen zur Lage der sächsischen Wirtschaft. in: Sächsische Industrie, 26 (1930) 20, S. 478. „In der ganzen Welt galt der Sachse wohl nahezu als der fleißigste, tüchtigste, anspruchsloseste und mühevollste Industrielle.“
- 11 R. Gans, Regionalbewußtsein und regionale Identität. Ein Konzept der Moderne als Forschungsfeld der Geschichtswissenschaft, in: Informationen zur Raumentwicklung (1993) 11, S. 781-792, hier 784; siehe auch D. Briesen, Regionalbewußtsein – einige Fragen an einen schwierigen Begriff, in: Sachsen und Mitteldeutschland (Anm. 7), S. 31-49.
- 12 U. Heß, Sachsen im 20. Jahrhundert. Wiederentdeckung einer Region oder Neukonstruktion einer regionalen Identität? In: Informationen zur Raumentwicklung (1993) 11, S. 719-728, hier 721.
- 13 H.-J. Bieber, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920, Hamburg 1992, S. 21; siehe dazu u.a. H. Zwahr, Verbürgerlichung und Entbürgerlichung beim Übergang zum Industriekapitalismus. Ein Sächsisch-Polnischer Vergleich, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte, Bd. 64 (1994), S. 97-114. Zum Begriff der Bürgerlichkeit zuletzt H. Siegrist, Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode, in: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994), S. 549-583.
- 14 Dresdner Anzeiger vom 3.4.1930.
- 15 K. Hurrelmann, Einführung in die Sozialisationstheorie. Über den Zusammenhang von Sozialstruktur und Persönlichkeit, Weinheim 1990, S. 169ff.; L. Krappmann, Soziologische Dimensionen der Identität, Stuttgart 1969; vgl. die „klassische“ Definition von E. H. Erikson, Identität und Lebenszyklus, Frankfurt 1980, S. 18.
- 16 Ausführlich dokumentiert in den Akten des Stadtarchivs Döbeln, Abt.II/Abschn. 22/ Nr. 149.
- 17 Zur Finanzreform siehe v.a. J. Wysocki, Die Kommunalfinanzen in Erzbergers Reformkonzept: Finanzzuweisungen statt eigener Steuern, in: Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik, hrsg. von K.-H. Hansmeyer, Stuttgart 1972, S. 35-59; D. Reben-tisch, Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik, in: Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele, hrsg. von R. Morsey, Berlin 1977, S. 107-157.
- 18 B.Z. am Mittag vom 11.11.1930; Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen, 49. Ausg. (1930), S. 133.
- 19 Stadtarchiv, II/22/149, Bd. 1; E. Kremer, Das Maschinenverwendungsverbot in der deutschen Zigarrenindustrie einst und heute, Diss. (MS), München 1951, S. 9.
- 20 Stadtarchiv, II/22/149, Bd. 7.
- 21 Vgl. u.a. W. Reinmann, Mensch und Maschine in der deutschen Tabakindustrie, Bres-lau 1935, S. 50.
- 22 So erhöhte sich zwischen 1930 und 1932 für die bei Kremer meistproduzierten 10-Pfennig- und 15-Pfennig-Zigarren der Anteil von Zoll, Tabak- und Umsatzsteuer am Herstellerpreis von 33,3 auf 44,4 Prozent bzw. von 35,8 auf 49,8 Prozent; durch zahl-reiche Notverordnungen zum Devisenverkehr wurde die von ausländischem Rohtabak abhängige Zigarrenbranche zudem in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt. Ein Tabakpreissturz auf dem Weltmarkt 1931 kam den kleinen Unternehmen zugute, die selten bedeutende Rohstoffvorräte angelegt hatten und nun günstiger einkaufen und billige Zigarren auf den Markt bringen konnten. Uhlmann, Die Entwicklung (Anm. 2), S. 107; Stadtarchiv II/22/149, Bd. 8.

- 23 Siehe dazu *Sächsische Industrie* 27 (1931).
- 24 *Sächsische Industrie*, 27 (1931) 16, S. 265.
- 25 Von einer frühen Industrialisierung kann natürlich in der Zigarrenherstellung nicht die Rede sein, gleichwohl profitierte die Branche lange vom Industrialisierungsprozeß. Vgl. P. Kriedte/H. Medick/J. Schlumbohm, *Sozialgeschichte in der Erweiterung – Proto-Industrialisierung in der Verengung? Demographie, Sozialstruktur, moderne Hausindustrie: eine Zwischenbilanz der Proto-Industrialisierungs-Forschung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 18 (1992), S. 70-82 und 231-255, besonders 248.
- 26 Bramke, *Die Industrieregion Sachsen* (Anm. 1), S. 308.
- 27 Uhlmann, *Die Entwicklung* (Anm. 2), S. 18.
- 28 Stockmann, *Die Stadt Döbeln* (Anm. 2), S. 178.
- 29 Vgl. Uhlmann, *Die Entwicklung* (Anm. 2), S. 15 ff.
- 30 C. Bormann, *Die deutsche Zigarettenindustrie, Tübingen 1910*; H. Witteler, *Das deutsche Zigarrengewerbe. Entwicklung, Bedeutung und Tendenzen*, Stuttgart 1932, S. 12ff.; M. Lyon, *So steigert der Zigarrenhandel seine Verkaufserfolge*, Eberswalde 1929; W. Buschak, *Von Menschen, die wie Menschen leben wollten. Die Geschichte der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und ihrer Vorläufer*, Köln 1985, S. 40.
- 31 Siehe dazu D. Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing. Geschichte der Wirtschaftswerbung in Deutschland*, Berlin 1993.
- 32 Ebenda, S. 25.
- 33 Vgl. Uhlmann, *Die Entwicklung*, S. 126, der allerdings vage andeutet: „Letzten Endes spielten auch politische Gesichtspunkte eine Rolle.“
- 34 Stadtarchiv, II/22/149, Beilagsakten zu Bd. 1.
- 35 M. R. Lepsius, *Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit*, in: *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, hrsg. von J. Kocka, Göttingen 1987, S. 96.
- 36 Wysocki, *Kommunal Finanzen* (Anm. 17), S. 37.
- 37 *Sächsische Industrie*, 26 (1930) 20, S. 479.
- 38 *Die Gemeinde. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land* 6 (1929), S. 629.
- 39 Stockmann, *Die Stadt Döbeln* (Anm. 2), S. 193.
- 40 *Bürgerliche Richtlinien zur Kommunalpolitik*, hrsg. von der Bürgerlich-Kommunalpolitischen Zentralstelle für Sachsen, Leipzig o.J. (1929), S. 29.
- 41 Stockmann, *Die Stadt Döbeln* (Anm. 2), S. 194f.
- 42 Als Beispiel die Bürgerlichen Richtlinien zur Kommunalpolitik, S.3f.; vgl. Bieber, *Bürgertum in der Revolution* (Anm. 13), besonders S. 252ff.
- 43 *Stadtverordnetenversammlung vom 18.12.1931*, Stadtarchiv, II/3/17, Bd. 67; *Döbelner Anzeiger vom 19.12.1931*.
- 44 *Stadtverwaltung an Reichswirtschaftsminister Schmitt*, 28. Juni 1933, Stadtarchiv II/22/149, Bd. 8.
- 45 *Reichsgesetzblatt* 1933/I, S. 493ff.
- 46 Stadtarchiv, II/22/149, Bd. 8.
- 47 Bereits Anfang 1934 setzte sich DAF-Leiter Ley „in warmen Worten“ für die Anwendung von Maschinen in der Tabakindustrie ein und fragte: „Ist es Luxus, wenn jeder seine Zigarre rauchen soll?“, *Vereinigte Tabakzeitungen*, Nr. 2 vom 12.1.1934. Siehe dazu n.v.a. H. D. Schäfer, *Amerikanismus im Dritten Reich*, in: *Nationalsozialismus und Modernisierung*, hrsg. von M. Prinz und R. Zitlmann, Darmstadt 1991, S. 199-215, der allerdings erste Polemik gegen Maschinenfeindlichkeit auf 1936 datiert. Zur Vermittlung „zwischen industrieller Modernität und traditioneller Handwerklichkeit“

Unternehmeridentität und regionale Selbstthematizierung

in der Produktkultur siehe P. Reichel, *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus*, Frankfurt a.M. 1993, S. 235ff., 314.